

Lauterbach eint den Berufsstand

KZVB-Vertreterversammlung protestiert gegen Wiedereinführung der Budgetierung

Der von Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) vorgelegte Entwurf eines GKV-Finanzstabilisierungsgesetzes stand auch im Mittelpunkt der Vertreterversammlung (VV) der KZVB. Einstimmig verabschiedeten die Mitglieder eine Resolution, in der sie die geplante Wiedereinführung der Budgetierung als „Frontalangriff auf die Patientenversorgung“ verurteilt.

Christian Berger, Vorsitzender des Vorstands der KZVB, nahm den Minister persönlich in die Verantwortung. Lauterbach sei zwar vielleicht promovierter Arzt, aber ein „praktischer Laie“. Er habe in seinem Leben weder eine Praxis gegründet noch Verantwortung für Mitarbeiter und die Patientenversorgung getragen. Die Wiedereinführung der Budgetierung sei ein politischer Offenbarungseid und völlig ungeeignet, um das zwei-stellige Milliardendefizit der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) auszugleichen. „Im ersten Jahr will Herr Lauterbach 120 Millionen Euro aus der Gesamtvergütung der Zahnärzte herauspressen. Das entspricht ziemlich genau dem Jahreshaushalt der gematik“, kritisierte Berger. Für begrenzte Mittel werde es aber nur begrenzte Leistungen geben. Berger verwies in diesem Zusammenhang auf den Honorarverteilungsmaßstab (HVM) der KZVB, der wie ein Frühwarnsystem fungiere. Sollten sich die garantierten Budgetbeträge ändern, werden die Mitglieder vor Beginn des betroffenen Abrechnungsquartals darüber informiert und können entsprechend gegensteuern. Der Politik müsse klar sein, dass die Wiedereinführung einer Budgetierung zu Verhaltensänderungen bei den Zahnärzten führen werde.

Dr. Rüdiger Schott, stellvertretender Vorsitzender des Vorstands der KZVB, befürchtet negative Folgen für die Versor-

gung im ländlichen Raum: „Die Niederlassungsbereitschaft geht seit Jahren zurück, viele Alterspraxen finden keinen Nachfolger. Die Wiedereinführung der Budgetierung wird diese Entwicklung weiter verschärfen. Leidtragende sind auch die Patienten.“

Dr. Manfred Kinner, Mitglied des Vorstands der KZVB, verwies auf die Milliarden, die in die Digitalisierung des Gesundheitswesens geflossen sind – bislang ohne erkennbaren Nutzen für die Zahnärzteschaft. Ein Ende sei nicht in Sicht. So müssten nun Hunderttausende von Konnektoren ausgetauscht werden, mit erheblichen Kosten für die betroffenen Praxen. Zudem seien neue BEMA-Leistungen wie die PAR-Richtlinie und die Unterkieferprotrusionsschiene offensichtlich „ungeddeckte Schecks“. Das Prinzip rechte Tasche, linke Tasche werde aber nicht funktionieren. Wer den Patienten neue Leistungen verspreche, müsse diese auch vollumfänglich finanzieren.

Die VV-Vorsitzenden Dr. Jürgen Welsch und Dr. Christian Öttl dankten den Delegierten für die sachliche Diskussion und die große Geschlossenheit im Kampf gegen einen zahnarzt- und patientenfeindlichen Gesetzentwurf.

Leo Hofmeier



Das GKV-Finanzstabilisierungsgesetz schließt die Reihen: Einstimmig verabschiedeten die Mitglieder der Vertreterversammlung der KZVB eine Resolution, in der sie den „Frontalangriff auf die Patientenversorgung“ verurteilen.